

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Monatlich 3 RM. Einzelne Nummern 15 Pf.  
Schriftlich, u. Geschäftsstelle Dresden-K. 1, Br. Zwingerstr. 16. Ruf 14574 u. 21205.  
Postfach-Konto Dresden 2486 / Staatsbank-Konto 674.

Anzeigenpreise: 32 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile oder deren Raum 35 Pf.,  
66 mm breit im amtlichen Teile 70 Pf., Reklamezeile 1 RM.  
Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellengesuche.  
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Zeichnungsblätter der Staatsschuldenverwaltung, Holzplanzen-Verkaufsliste der Staatsschuldenverwaltung.  
Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberregierungsrat Hans Blos in Dresden.

Nr. 14

Dresden, Montag, 18. Januar

1932

## Reden zur Lage.

### Reichsminister Stegerwald

im Ruhrgebiet.

Weddinghausen, 17. Januar.

Auf dem Kreisparteitag der Zentrumspartei des Bezirkes Weddinghausen hielt Reichsminister Stegerwald eine längere Rede, in der er u. a. ausführte:

Das Jahr 1932 wird für die Zukunft Deutschlands und die Geschichte der Welt ein Entscheidungsjahr erster Ordnung werden. Im letzten Jahrzehnt sind ohne Zweifel nicht nur in der Weltpolitik, sondern auch in der deutschen Politik große Fehler gemacht worden. Letztere waren kaum zu vermeiden, da wir zu lange den halbabsolutistischen Staat der Vorkriegszeit erhalten haben und nach dem Zusammenbruch der Übergang zur Demokratie zu langsam war. Das deutsche Volk mühte in solcher Lage erst eine Reihe von außen- und innenpolitischen Vorgängen erleben, ehe es zu der Erkenntnis gebracht werden konnte, was politisch, wirtschaftlich, finanziell und sozial nach dem größten aller Kriege in der Geschichte, den Deutschland verloren hat, möglich und nicht möglich ist. Gegenwärtig sind wir nach vielen Irrungen und Wendungen auf dem besten Wege, zu den politischen und wirtschaftlichen Realitäten zurückzufinden.

In den nächsten Monaten steht das deutsche Volk vor der Entscheidung: Soll dieser Weg planvoll weitergegangen werden, oder sollen wir uns erneut auf den Weg der Irrungen und Wendungen abdrängen lassen? Die aus einem Wirren resultierende Gefahr, die sehr teuer werden würde, müßte das deutsche Volk in seiner Gesamtheit bejahen. Der Kampf hinter den Kulissen, der in den letzten Wochen um die erneute Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten geführt wurde, war im Hinblick auf die Berechtigung und das Ansehen, das der Reichspräsident in der ganzen Welt genießt, für Deutschland geradezu beschämend. Das deutsche Volk hat demnach in der Tat nur zu wählen, es ist der Weg der Demagogie oder den Weg der wirtschaftlichen und politischen Vernunft gehen will. Der Weg der Demagogie führt schnurstracks in den Bürgerkrieg, der Weg der politischen und wirtschaftlichen Vernunft langsam aber sicher wieder aufwärts. Die Weisheit des deutschen Volkes ist bestimmt für den letzten Weg zu gewinnen. Die Gemeinde der politischen Vernunft muß dann allerdings eine sehr viel größere Aktivität als bisher entfalten und dem deutschen Volke in Wahrheit sagen, worum es geht.

### v. Rheinbaben in Köln.

Köln, 17. Januar.

Auf der Reichsgründungsfeier des Kriegerverbandes Köln-Stadt sprach am Sonntag Staatssekretär v. Rheinbaben, der auf der am 2. Februar in Genf beginnenden Abrüstungskonferenz Deutschland als Delegierter vertreten wird. Wie er ausführte, könne sich Deutschland militärisch bedroht fühlen durch die Rüstungen Frankreichs und Polens. Die Welt müsse heute nach wirtschaftlicher Zusammenarbeit und Wiederherstellung des Vertrauens keine Macht, auch nicht der Völkerbund, könne dieser Frage dienen, solange nicht die Differenz der Rüstungen vermindert werde. Frankreich habe sich nicht nur im Versailler Vertrag zur Abrüstung bekannt, es habe auch im Jahre 1928 bereits angegeben, daß eine völkerrechtliche Handhabe für die Abrüstung gegeben sei. Deutschland erwarte kein Mitleid, es wolle sich im wesentlichen selbst helfen, wenn man ihm endlich die Attribute einer unabhängigen, gleichberechtigten Nation gebe. Was Deutschland verboten sei, müsse in Zukunft auch allen anderen verboten sein, und umgekehrt, was den anderen erlaubt sei, müsse auch Deutschland erlaubt werden. Hierfür müsse eine internationale Konvention geschaffen werden. Sollten die Mächte von Versailles in Genf die Kriegsschuldfrage aufrufen, so werde man dies aufs Schärfste zu bekämpfen

haben. Die Verwicklung der deutschen Forderungen in Genf sei angeht die in Frankreich und Polen laut werdenden Stimmen nicht leicht. Versetzt sei es aber, deutscherseits die Forderung nach Aufrüstung zu erheben, solange nicht alle internationalen Mittel versucht seien, zu einer Weltabrüstung zu kommen und diese Frage in ein entscheidendes Stadium gekommen sei.

### Dreißteid in Berlin.

Berlin, 17. Januar.

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Dr. Dreißteid, sprach gestern abend in einer Versammlung des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit über das Thema: „Abrüstung, Reparationen, Frieden“. Er polemisierte gegen die Abrüstungsbefehle des Reichswehrministers Groener, wie sie in dessen Neujahrsartikel zum Ausdruck gekommen sei. Nicht Wehrfreiheit für Deutschland, sondern Wehrbeschränkung für die andere sei die Parole, mit der allein Deutschland in Genf einigen Erfolg haben könne.

Zur Reparationsfrage erklärte Dr. Dreißteid, daß die Sozialdemokratie mit der Unterstüpfung der Erfüllungspolitik niemals die moralische oder die politische Berechtigung der Reparationen anerkennt, dagegen immer die Grenzen dieser Erfüllungspolitik aufgezeigt habe. Wenn Reichkanzler Brüning in Lausanne erklären werde, daß Deutschland heute und in Zukunft keine Reparationen zahlen könne, werde er der Zustimmung des ganzen Volkes sicher sein. Dr. Dreißteid erörterte die verschiedenen Möglichkeiten, die für die Lausanner Konferenz vorhanden seien, wobei er der Meinung Ausdruck gab, daß der Weg des Koratoriums der gangbarste sei. Deutschland müsse dann weiter an die Seite Englands und Frankreichs treten, um mit diesen Staaten zusammen Amerika gegenüber die Unmöglichkeit des bisherigen Systems der politischen Schulden zu betonen.

### Seldte in Leipzig.

Leipzig, 17. Januar.

Auf der Reichsgründungsfeier des Stahlhelm hielt Seldte eine Rede, in der er u. a. sagte: „Wenn von dem Vertreter des Deutschen Reiches gesagt worden ist: Wir können nicht mehr zahlen, so wollen wir uns hinter diesen Ausspruch stellen und betonen: Wir können nicht mehr zahlen, wir wollen nicht mehr zahlen (stürmischer Beifall) und wir werden nicht mehr zahlen (stürmischer Beifall). Die Welt muß wissen, daß das Reich eines deutschen Kanzlers heute nicht mehr allein steht, sondern daß der beste Teil der Nation dieses Reich selbst aussprechen wird. Wenn die Nachbarn über den Frieden wollen, von dem sie immer sprechen, dann können sie ihn haben. Wie Frontsoldaten wollen keinen Bürgerkrieg, wir haben ihn auch nicht nötig, denn wir fühlen uns als Soldaten ungeschlagen. Aber der Frieden, den wir ersehnen, ist nicht der Tributzfrieden. Wir wollen unseren Frieden mit dem Besten haben, und wir wollen unseren Osten zurück haben (stürmischer Beifall) als das Weidgängerfeld und Aufbaugesbiet unserer überschüssigen Kraft. Auch unsere Kolonien brauchen wir zur deutschen Lebensgestaltung.“

Der Redner erinnerte dann an den Ausspruch des Reichspräsidenten in seiner Selbstherrsprache, daß jeder den unerschütterlichen Glauben an das Vaterland behalten müsse, und erklärte: Wir haben diesen Glauben und werden ihn weiter behalten. So wie der Geist der Befreiungskriege ist auch der Geist von Tannenberg der unsere. In bewusster Auslegung des Tannenbergwortes erklären wir, daß es uns nicht darum geht, Tannenberg in wehmütiger Erinnerung zu feiern, sondern darum, daß die deutsche Nation die Kraft und den Willen hat, ein zweites Tannenberg siegreich durchzuschlagen. An solchem Gedanken begehen wir

den Gründungsakt der deutschen Nation und treten in das Jahr 1932, das uns hoffentlich die einmütig und honorig durchgeführte Wahl des Reichspräsidenten bringen wird. Es heißt weiter, das Reich den Tributen gegenüber durchzuhalten und Preußen aus dem Irrtum des roten Gedankens zu befreien. Wir werden, so schloß Seldte unter stürmischem Beifall, wenn die anderen dies nicht können, uns an die Spitze der Nation setzen. Das sind wir denen schuldig, die mit uns sichten und für uns stehen.

### Reichsgründungsfeier

des Stahlhelferbundes.

Berlin, 17. Januar.

Der Deutsche Reichskriegerbund Stahlhelfer hielt heute mittag eine Weisestunde im Sportpalast ab. Die Festrede hielt der erste Präsident, v. Horn, der zunächst ein Begrüßungsschreiben des Ehrenpräsidenten des Bundes, des Reichspräsidenten v. Hindenburg, verlas. In seiner

### Zwei Meinungen in der Volkspartei.

#### Dr. Dingeldey bedauert das Schreiben

Hugenburgs an den Reichskanzler.

Frankfurt a. d. Oder, 17. Januar.

Der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Dingeldey, befaßte sich heute auf einer Parteiregierung des Wahlkreises V mit außenpolitischen Fragen, wobei er erklärte, der Standpunkt des Reichskanzlers, der dem Ausland die Unmöglichkeit weiterer Reparationszahlungen dargelegt habe, verdiene volle Zustimmung. In diesem Zusammenhang kam Dr. Dingeldey auch auf die bevorstehende Reichspräsidentenwahl zu sprechen und sagte, es hätte eine Selbstverständlichkeit sein müssen, den Willen zum Wiederstand auch dadurch erkennbar werden zu lassen, daß man sich ohne Zögern über die Wiederwahl des Reichspräsidenten verständigigt. Vom Brief Hugenburgs an den Reichskanzler meinte der Redner bedauernd, er habe leider einen einseitigen parteipolitischen Charakter getragen. Hätte man mit allen Kräften eine Volkswahl Hindenburgs unterstützt, so würde es geradezu erlösend gewirkt haben.

#### Eine Kundgebung in Düsseldorf.

Düsseldorf, 17. Januar.

Im Zusammenhang mit einer Gedenkfeier an die Reichsgründung wurde heute von der Deutschen Volkspartei eine öffentliche Kundgebung gegen die „Kriegsschuldfrage und den Abrüstungsbeitrag“ veranstaltet. Dr. Schlenker, der Geschäftsführer des Langnamvereins, griff im Laufe seiner Ausführungen den Reichskanzler heftig an. Er erklärte, Dr. Brüning genüge nicht mehr das Vertrauen der Partei, unbeschadet der Hochachtung, die er als

#### Dalkose Gerüchte über die Kassenlage

des Reiches.

Berlin, 18. Januar.

Durch verschiedene Zeitungen geht die Nachricht, daß infolge ungünstiger Kassenlage des Reiches beabsichtigt sei, die Gehälter der Reichsbeamten zu kürzen oder nicht voll auszusahlen. Diese Nachricht ist aus der Luft gegriffen. Es schweben in der Reichsregierung keinerlei Erwägungen in dieser Richtung.

#### Die deutsche Delegation für die Abrüstungskonferenz.

Berlin, 16. Januar.

Nachdem kürzlich Botschafter Radolny zum Führer der deutschen Delegation zur Abrüstungskonferenz für die Zeit, während der der Reichskanzler oder sonstige Kabinettsmitglieder nicht persönlich in Genf anwesend sein werden, und Botschafter Graf Welczek zu seinem Stellvertreter bestimmt worden ist, sind nunmehr zu Delegierten Staatssekretär v. D. Freiherr v. Rheinbaben, Unterstaatssekretär a. D. v. Koellendorf und die Gelehrten Göppert und Freiherr v. Weizsäcker ernannt worden. Der Delegation werden ferner als militärische Sachverständige Generallieutenant

Kapitän protektierte General v. Horn gegen die Kriegsschuldfrage und erklärte, es gelte, die Frage des nationalen Bestandes und der nationalen Sicherheit aus dem Streit der Parteien herauszuheben und alle Deutschen zu sammeln zur Lösung der gemeinsamen deutschen Aufgaben.

Die Resolution, die von der Versammlung einmütig angenommen wurde, protestiert gegen die Kriegsschuldfrage und fordert gleiche Pflichten für alle, „also Abrüstung der anderen in gleichem Umfange und nach gleicher Methode, wie sie uns aufgezwungen ist“. Sie verlangt ferner gleiche Rechte für alle, also auch in der Sicherheits- und Wehrfrage. Keinem Staat dürfe gestattet sein, was Deutschland verboten ist.

An der Kassenkundgebung nahmen u. a. auch der Reichsminister des Innern und Reichswehrminister Dr. Groener, ferner General der Infanterie Haffe, Kommandant Heusinger, Reichsminister a. D. Dr. Gessler, Kriegsminister a. D. Scheuch, Generaloberst a. D. Heve und zahlreiche andere hohe Militärs teil.

#### Menck verdient. Die Zentralvorhandlung in

Hannover habe klar erkennen lassen, daß die

Volkspartei in den Kreis der Nationalen Opposition eingetreten ist, die allein dazu berufen sei, einen tragbaren Modus vivendi mit Frankreich herbeizuführen. Deutschland müsse heute von Männern regiert werden, die den Rat ausbrächten, bei den kommenden Verhandlungen ein deutliches Nein auszusprechen.

Nach Dr. Schlenker sprachen noch Reichsanwalt Prof. Dr. Grimm (Essen) über die Kriegsschuldfrage und Oberst a. D. v. Derksen (Berlin) über die Abrüstung. Das Schlusswort Dr. Schlenkers unterstrich nochmals die oppositionelle Haltung zur Reichsregierung.

Hervorzuheben ist, daß Dr. Schlenker sein Bedauern darüber ausdrückte, daß der Führer der Deutschen Volkspartei an den Reichskanzler in der Frage der Amtsdauerverlängerung des Reichspräsidenten nicht den gleichen Brief gerichtet habe wie Hugenburg.

Essen, 17. Januar.

Der vorkparteiliche Staatssekretär v. D. Schmid forderte in einer Versammlung der Volkspartei den Rücktritt Brünings, um Hindenburgs Wahl zu sichern. Wenn Brüning in Abereinstimmung mit der Volkspartei die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten als entscheidende außen- und innenpolitische Notwendigkeit erklärt habe, so werde es an ihm sein, zu einem außenpolitisch geeigneten nahen Zeitpunkt, d. h. nach dem ersten Akt der Tributzkonferenz von Lausanne, durch seinen Rücktritt den Weg für die gefällige Wiederwahl Hindenburgs freizumachen.

#### Aus der Arbeit des Preiskommissars.

Berlin, 16. Januar.

Der Reichsvorstand für das Klempner- und Installationsgewerbe hat sich nach Besprechungen mit dem Preiskommissar bereit erklärt, in Zukunft auf die von ihm bisher herausgegebenen Richtpreise und Kalkulationsgrundlagen zu verzichten.

Weiter hat der Preiskommissar in Verhandlungen mit der Röhrenindustrie vereinbart, daß der Wahllohn gegen den Stichtag der Rotverordnung um 10 Proz. ermäßigt wird.

Die Stoffhandelspreise bei den nicht mehr preisgebundenen Arznei-Spezialitäten sind gegenüber dem Stichtag um 10 Proz. herabgesetzt, vorausgesetzt, daß die Spanne höher nicht mehr als 18 Proz. betrage.

R